



Pressemitteilung

Nürnberg, 25.08.2010
PM 091/10/LFGS
Energie

Bund Naturschutz kritisiert geplanten Neubau von zwei Atomkraftwerken am Standort des Pannenreaktors Temelin und erhebt Einwendung gegen mangelhafte Umweltverträglichkeitsprüfung

Forderung nach klarer und öffentliche Ablehnung der tschechischen Atompläne durch die bayerische Staatsregierung

Mit einer umfangreichen Einwendung hat der Bund Naturschutz massiven Protest beim tschechischen Umweltminister Pavel Drobil gegen die Umweltverträglichkeitsprüfung für zwei geplante neue Atomkraftwerke am Standort Temelin unweit der bayerischen Landesgrenze eingelegt. Gleichzeitig fordert er von der bayerischen Staatsregierung eine ebenso klare und öffentliche Ablehnung der tschechischen Atompläne. „Ministerpräsident Horst Seehofer und Umweltminister Markus Söder sollen sich endlich schützend vor die bayerische Bevölkerung stellen und Gespräche mit der tschechischen Regierung führen, um sie von ihrem Atomkurs abzubringen“, forderte der stellvertretende BN-Landesvorsitzende Sebastian Schönauer. Es dränge sich der Verdacht auf, dass sich die Staatsregierung vor einer öffentlichen Diskussion um die Gefahren der Atomenergie wegducken wolle.

„Der Bund Naturschutz lehnt den geplanten Neubau der Atomkraftwerke entschieden ab, da es hierfür keine energiepolitische Notwendigkeit gibt, die Bewohner in Tschechien und den Nachbarländern, darunter auch Bayern, dadurch massiv bedroht würden“, so der BN-Landesbeauftragte Richard Mergner. „Wir fordern daher die tschechische Regierung auf, ihre Planungen einzustellen und stattdessen Maßnahmen zur drastischen Verringerung der Energieverschwendung und zum Ausbau der erneuerbaren Energien einzuleiten“, so Mergner. Szenarien hierfür würden in Tschechien vorliegen. Es sei skandalös, wie die derzeitige tschechische Regierung, der staatliche Energieversorger CEZ und die tschechischen Tochtergesellschaften des Atomkonzerns E.on die Abhängigkeit der tschechischen Bevölkerung von Atom- und Kohlestrom zementieren und die riesigen Energieeinsparpotentiale und den Umstieg auf erneuerbaren Energien blockierten.

Sowohl im so genannten Normalbetrieb entstünden nicht hinnehmbare Belastungen für Mensch und Umwelt. Erst recht würden bei einem großen Unfall oder einem Terroranschlag, der nach den vorliegenden Unterlagen nicht ausgeschlossen werden könne, weite Teile Tschechiens und Bayerns unbewohnbar. „Die auf hunderttausende von Jahren sicherzustellende Lagerung des anfallenden hochradioaktiven Atommülls ist in Tschechien wie in Deutschland völlig ungeklärt“, so Karin Wurzbacher, Sprecherin des BN-Arbeitskreises Energie. Die vorgelegten UVP-Unterlagen z.B. bezüglich der Atommüllbehandlung und -lagerung seien unvollständig und damit nicht geeignet, die Risiken abzuschätzen.

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Für Rückfragen:

Richard Mergner BN-Landesbeauftragter Tel.: 0911-8187825 und 0171-6394370